

N i e d e r s c h r i f t
über den öffentlichen Teil der 51. Sitzung
des Petitionsausschusses
am 15. April 2026
Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung:

Seite:

1. **Eingaben** 01223/11/19, 01449/11/19, 01498/11/19, 01532/11/19, 01533/11/19 3

2. **Jährlicher Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses nach § 54 Abs. 4 GO LT für das Jahr 2025**
Beratung und Beschluss..... 6

Anwesend:

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Rüdiger Kauroff (SPD), Vorsitzender
2. Abg. Marten Gäde (SPD)
3. Abg. Brian Baatzsch (SPD)
4. Abg. Jan Henner Putzier (SPD)
5. Abg. Julia Retzlaff (SPD)
6. Abg. Tim Julian Wook (i. V. d. Abg. Annette Schütze) (SPD)
7. Abg. Jan Bauer (CDU)
8. Abg. Veronika Bode (CDU)
9. Abg. Dr. Karl-Ludwig von Danwitz (CDU)
10. Abg. Christian Frölich (CDU)
11. Abg. Sina Maria Beckmann (GRÜNE)
12. Abg. Nicolas Mülbrecht Breer (GRÜNE)
13. Abg. Holger Kühnlenz (AfD)

Von der Landtagsverwaltung:

Ministerialrätin Obst,
Regierungsoberamtsrat Diedrich.

Niederschrift:

Regierungsdirektorin Dr. Schütze, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 14:05 Uhr bis 14:21 Uhr und 15:17 Uhr bis 15:29 Uhr.

Tagesordnungspunkt 1:

Eingaben

Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen

Eingabe 01223/11/19

WBI Wintermoorer Bahnhofsinitiative

Peter Degen, 29640 Schneverdingen

Betr. Situation des Zugverkehrs zwischen Hannover und Buchholz in der Nordheide (Heidebahn)

Auf Bitten der SPD-Fraktion informiert ORR' in **Tsaritora** (MW) den Ausschuss über den aktuellen Sachstand hinsichtlich der vorliegenden Eingabe. Sie führt dazu Folgendes aus:

Es ist allgemein bekannt, dass zum 1. August 2026 die Regionalverkehre Start Deutschland GmbH in die Muttergesellschaft DB Regio AG integriert werden soll. Es findet eine Verschmelzung statt. Die LNVG und das Land begleiten diesen Verschmelzungsprozess eng und tauschen sich diesbezüglich stark mit der DB Regio AG aus. Hintergrund der Verschmelzung ist auch die Arbeit der LNVG im vergangenen Jahr. Sie hatte angestrebt, dass die DB Regio AG verstärkt in die Verantwortung für ihre Tochtergesellschaft eintritt. Das hat diese bereits Mitte 2025 gemacht, indem sie bestimmte Prozesse wie Personalplanungen und Werkstattplanungen übernommen hat. Wir haben schon erste Anzeichen gesehen, dass sich die Situation bessert. Wir konnten ja auch das Ersatzkonzept, das von August bis Januar galt, jetzt endlich im Januar beenden und wieder den regelmäßigen Fahrplan aufnehmen. Wir sind zuversichtlich, dass dann mit der Verschmelzung zum 1. August 2026 weitere Optimierungen stattfinden können.

Aktuelle Zahlen zu diesem Verschmelzungsprozess sind mir leider noch nicht bekannt. Wir konnten aber feststellen, dass sich seit den Bemühungen der DB Regio AG ab August 2025 zumindest die Fahrzeugsituation etwas verbessert hat. Sie hat sich dann mit Beendigung des Ersatzkonzeptes wieder etwas verschlechtert, aber insgesamt haben wir - was die Fahrzeugsituation angeht - ein besseres Niveau als im Sommer 2025. Leider muss man aber bei den personalbedingten Zugausfällen festhalten, dass die Lage weiterhin sehr angespannt ist. Das Ausfallniveau liegt bei 3 % bis 4 % der bestellten Zugkilometer. Das ist für *dieses* Netz mittlerweile vielleicht ganz gut, aber im Vergleich zu anderen Netzen immer noch sehr hoch. Die Pünktlichkeitswerte liegen aktuell auch bei ca. 75 %, also weiterhin eher im unbefriedigenden Bereich, wobei das für das gesamte Netz gilt - also zusammen mit den beiden anderen Linien RB 77 und RB 79.

Abg. **Veronika Bode** (CDU) legt dar, die Petenten hätten sehr konkrete und umsetzbare Vorschläge zur Verbesserung der Pünktlichkeit und der Fahrplanstabilität sowie zur Durchbindung auf der Strecke gemacht. Aus diesem Grund schlage sie für die vorliegende Eingabe das Votum „Erwägung“ vor.

Abg. **Jan Henner Putzier** (SPD) entgegnet, das MW habe in seiner schriftlichen Stellungnahme zu den Vorschlägen der Petenten dezidiert Stellung genommen und Gründe dafür angeführt, warum diese nicht umsetzbar seien bzw. eher noch zu einer Verschlechterung der Lage im Gesamtsystem führten. Die Lösung eines Problems, so der Abgeordnete, erfolge nicht alleine durch

den Beschluss, kein Problem mehr zu haben - wie etwa den Weltfrieden zu beschließen -, sondern vielmehr durch die Definition konkreter Maßnahmen, an denen die Landesregierung intensiv arbeite. Das Votum „Erwägung“ ändere somit rein gar nichts an der Sachlage.

Abg. **Veronika Bode** (CDU) verwehrt sich gegen den Vorwurf, im Ausschuss „einfach nur irgendetwas beschließen“ zu wollen, und insbesondere gegen den Vergleich „Beschluss des Weltfriedens“. Eine solche Argumentation sei - nicht zuletzt gegenüber den Petenten - äußerst despektierlich.

Abg. **Jan Henner Putzier** (SPD) wirft ein, wer eine politische Forderung in den Raum stelle, müsse auch einen Weg zur Umsetzung dieser Forderung beschreiben. „Empörung“ alleine reiche nicht aus, um Politik zu machen. Auch dem Petitionsausschuss komme die Aufgabe zu, nicht lediglich eine Entscheidung zu treffen, sondern auch einen Weg zur Umsetzung dieser Entscheidung aufzuzeigen.

Der **Ausschuss** lehnt den Vorschlag der CDU-Fraktion, für die vorliegende Eingabe das Votum „Erwägung“ zu empfehlen, gegen die Stimmen der Vertreterinnen und Vertreter der CDU-Fraktion und die Stimme des Vertreters der AfD-Fraktion ab.

Er empfiehlt dem Landtag folgenden Beschluss:

Die Eingabe wird der Landesregierung als Material überwiesen. Im Übrigen ist die Einsenderin über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU, AfD

Enthaltung: -

Die **Landesregierung** sichert zu, dem Ausschuss aktuelle Zahlen zu der Fahrzeugsituation, dem Ausfallniveau, den Pünktlichkeitswerten etc. auf der in Rede stehenden Strecke im Nachgang zu übermitteln.

Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Eingabe 01449/11/19

Birgit Hünemörder, 21435 Stelle

Betr. Einführung einer „Amnestie-Regelung“ für gefährliche Hunde im Nds. Hundegesetz (NHundG)

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Landtag folgenden Beschluss:

Die Eingabe wird der Landesregierung als Material überwiesen. Im Übrigen ist die Einsenderin über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

Eingabe 01498/11/19

Marvin Warncke, 52477 Alsdorf

Betr. Bundesratsinitiative zur Änderung des Bundesmeldegesetzes (BMG) – Auskunftsperren für politische Mandatsträger in Bund, Ländern und Kommunen

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Landtag folgenden Beschluss:

Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

Eingabe 01532/11/19

Florian Hauto, 21255 Tostedt

Betr. Einführung eines Schulfachs „Werte und Ethik“ anstelle des Religionsunterrichtes an öffentlichen Schulen in Niedersachsen

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Landtag folgenden Beschluss:

Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

Eingabe 01533/11/19

Tetje Janßen, 26529 Marienhäfe

Betr. Rodungsstopp für den „Zühlke-Wald“ bei Forlitz-Blaukirchen und Stärkung des Wald- und Landschaftsraumes in Niedersachsen

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Landtag folgenden Beschluss:

Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

Tagesordnungspunkt 2:

Jährlicher Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses nach § 54 Abs. 4 GO LT für das Jahr 2025

Beratung und Beschluss

Der **Ausschuss** erörtert den Punkt 8 des Konzeptpapiers zur Erstellung des Tätigkeitsberichts des Petitionsausschusses. Er beschließt, einen Auszug aus der Niederschrift zur Aussprache über den Tätigkeitsbericht im Plenum als Anhang zu der Druckfassung des Tätigkeitsberichts aufzunehmen und zu veröffentlichen.
